

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegegründet  
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher  
No 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Preis: Halbes Blatt 10 Pf., in Württemberg 18 Pf., 50 Pf., in Baden 18 Pf., 50 Pf., in Bayern 18 Pf., 50 Pf., in Preußen 18 Pf., 50 Pf., in Ostpreußen 18 Pf., 50 Pf., in Posen 18 Pf., 50 Pf., in Schlesien 18 Pf., 50 Pf., in Westpreußen 18 Pf., 50 Pf., in Danzig 18 Pf., 50 Pf., in Memel 18 Pf., 50 Pf., in Litauen 18 Pf., 50 Pf., in Lettland 18 Pf., 50 Pf., in Estland 18 Pf., 50 Pf., in Finnland 18 Pf., 50 Pf., in Schweden 18 Pf., 50 Pf., in Norwegen 18 Pf., 50 Pf., in Dänemark 18 Pf., 50 Pf., in Island 18 Pf., 50 Pf., in Grönland 18 Pf., 50 Pf., in Island 18 Pf., 50 Pf., in Grönland 18 Pf., 50 Pf.

Rs. 284.

Altensteig, Montag den 5. Dezember.

Jahrgang 1921.

## Die „Aufschub-Bedingungen“.

Es war vorauszu sehen, daß Frankreich die Schwierigkeiten, in die Deutschland durch die Unmöglichkeit, die nächsten Ultimatumverpflichtungen zu entrichten, zu weiteren Expressionen gegen Deutschland benutzen werde, als ob es deren nach dem Friedensvertrag, dem Abkommen von Spa, dem Londoner Ultimatum und dem Wiesbadener Abkommen nicht schon mehr als genug wä re. In London war man in letzter Zeit geneigt, Deutschland eine Frist von 2-3 Jahren für die Barzahlungen zu geben, ein „Moratorium“, wie man sagt. Für die „Schleifungen“ für sie z. B. durch das Wiesbadener Abkommen zugunsten Frankreichs vorgezogen sind und wie sie wegen der französischen Zahlungsunfähigkeit nun auch, wie es scheint, von England und Belgien verlangt werden, kam die Frist zunächst nicht in Frage. Artikel 234 des Friedensvertrags nimmt schon die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit an, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht g l a t t erfüllen könnte; es ist dort von Zahlungsausschub die Rede, der unter Umständen dem Schuldner von der Wiederherstellungskommission jeweils gewährt werden könnte. Dieser Zahlungsausschub, so meint man jetzt in Frankreich, sei aber keineswegs gleichbedeutend mit einem „Moratorium“, das bei dauernder Zahlungsunfähigkeit häufig mit einer Verminderung des Schuldensbetrags durch die Gläubiger verbunden ist, wenn ein Konkurs vermieden werden soll. Ein gemeinsamer Schritt der Verbündeten von sich aus sei unmöglich, es sei vielmehr Sache Deutschlands, um die Vergünstigung nachzusuchen, was bisher nicht geschehen sei. In England ist man in diesem Punkt allerdings anderer Meinung, weil man dort wenigstens die schwerste Not Deutschlands möglichst bald behoben sehen möchte, um ihm wieder ins Geschäft zu kommen. Fast zwei Millionen Arbeitslose und das Vorniederliegen der wichtigsten Industrien Englands sind eine ernste Gefahr zumal in jetziger Jahreszeit.

Für Frankreich, das zu seinem allerdings mehr als lässig betriebenen Wiederaufbau sogar noch Tausende vor ausländischen Arbeitern braucht, kommen derartige Sorgen wenig in Frage. Es kann sich zwar die Unvermeidlichkeit eines Entgegenkommens bezüglich der deutschen Zahlungen nicht verschließen, umso weniger als die übrigen Verbündeten in der Sache wohl auf Englands Seite stehen dürften. Im Grunde kann ihm die Angelegenheit nur willkommen sein, denn sie bringt eine prächtig: Gelegenheit, Deutschland neue Fesseln anzulegen und die denkbar günstigsten Voraussetzungen für weitere „Sanktionen“ und politische Zwangsmittel zu schaffen. So veröffentlicht der Pariser „Temps“ offenbar halbamtlich folgende Bedingungen, unter denen Frankreich sich bereit finden ließe, einem Zahlungsausschub zuzustimmen:

1. Deutschland kann ein Zahlungsausschub nur dann gewährt werden, wenn es ihn selbst beantragt und die erforderlichen Unterlagen zur Begründung seines Antrags liefert. Denn wenn die deutsche Regierung von dem ihr nach Artikel 234 zustehenden Recht keinen Gebrauch macht, so hätten die Verbündeten sicherlich keine Veranlassung, irgendwelche Schritte in dieser Richtung zu unternehmen.

2. Der bewilligte Ausschub darf in keiner Weise zu einer Verringerung des Gegenwertes der deutschen Schulden führen, d. h. die Stundung der nächsten Zahlungen bedingt eine entsprechende Erhöhung der folgenden.

3. Der Ausschub darf sich nur auf die Barzahlungen beziehen. Das Wiesbadener Abkommen darf davon ebensowenig berührt werden, wie das Recht der anderen Gläubigerstaaten, mit Deutschland ähnliche Verträge abzuschließen. Wenn dann die Sachleistungen in dieser Zeit den Anteil von 52 Prozent, auf den Frankreich Anspruch hat, übersteigen, so dürfte Frankreich daraus keinerlei Verpflichtung erwachsen, etwa den überschüssigen Betrag in bar an die anderen Verbündeten abzuführen.

4. Zwischen Deutschland und den Verbündeten muß ein Ruhestimmungen geblieben werden der Inhalt, daß für alle künftigen Entschiedenheiten der Wiederherstellungskommission aus Artikel 234 Einstimmigkeit erforderlich ist.

5. Der Zahlungsausschub kann nur gewährt werden, wenn Deutschland dagegen gewisse Verpflichtungen übernehmen kann. Diese Verpflichtungen sollen dreierlei Art sein:

a) Die Papiergeldausgabe der Reichsbank, die volle Selbst-

verwaltung erhalten soll, wird von einem verbündeten oder neutralen Kommissar kontrolliert, der die Aufgabe hat, den Papiergeldumsatz zu vermindern. b) Die Haushaltsausgaben des Reichs sollen nach oben begrenzt werden mit der Verpflichtung, künftig alle Ausgaben zu vermeiden, die den Charakter von „Subventionen“ haben oder privatem Vorteil dienen. c) Für die Einnahmen des Reichs wird jährlich ein Mindestbetrag festgesetzt mit der Verpflichtung, gewisse Steuern, Abgaben und Gebühren, insbesondere für die Eisenbahn und die Post, zu erhöhen oder neu einzuführen. Die Überwachung des Garantiekomitees, die bisher auf die Post und die Ausfuhr beschränkt war, soll auf andere Einnahmen des Reichs ausgedehnt werden. Zu gleicher Zeit mit dem Zahlungsausschub muß Deutschland eine Anleihe gewährt werden, deren Ergebnis zu einem Teil an Stelle der gestundeten Zahlungen zu treten hätte.

Auch in London stand es von Anfang an fest, daß der Zahlungsausschub mit gewissen Bedingungen verknüpft sein müsse und daß ein Schuldnachlaß nicht in Betracht kommen könne. Die französischen Bedingungen scheinen aber den Engländern doch zu weit zu gehen, nicht deshalb, weil die selbständige Finanzverwaltung und die Steuerhoheit des Deutschen Reichs damit verschwinden würden — die englischen Vorschläge, soweit sie bekannt wurden, ließen ja ungefähr auf das gleiche hinaus —, sondern weil in dem französischen Verfahren Frankreich doch wieder den Rahm für sich abschöpfen würde. Aus London wird nun berichtet, die englische Regierung habe den Gedanken eines Zahlungsausschubs fallen lassen. Sie habe einen Vorschlag ausgearbeitet, die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands durch eine große Anleihe aufrechtzuerhalten. Der Plan werde aber nicht bekannt gegeben, ehe man nicht wisse, wie Frankreich sich dazu stellt. Der Anleiheplan ist, sofern von deutscher Seite die nötige Bürgschaft für die Anleihe durch die Kredithilfe der Industrie usw. aufgebracht werden kann, für England vorteilhafter, weil nach dem Brüsseler Finanzabkommen an den Januar- und Februarzahlungen nur Belgien und England Anteil haben, während Frankreich auch von dieser zweiten Leistung noch nichts erhalten wird.

Die Wiederherstellungskommission hatte bei ihrem Aufenthalt in Berlin verlangt, daß die deutsche Reichsregierung sie spätestens bis 1. Dezember von den Maßregeln zur Beschaffung der Mittel für die Januar- und Februarzahlungen und von dem Ergebnis der Verhandlungen mit der Industrie über deren Kredithilfe in Kenntnis setze. Die Mitteilung hat die Reichsregierung bis jetzt unterlassen, wahrscheinlich weil sie erst abwarten wollte, was bei den Verhandlungen der Herren Stinnes und Rathenau in London herauskommt. Die Kommission hat nun, wie der Pariser „Temps“ meldet, durch einen Erlaß eine sehr scharf gehaltene Note nach Berlin geschickt, die nicht nur an die beiden nächsten Zahlungen erinnert, sondern auch die allgemeine Lage in Deutschland und die Finanzpolitik des Reichs einer Kritik unterzieht. In diesem Zusammenhang mag daran erinnert werden, daß es hieß, die Wiederherstellungskommission habe von der Reichsregierung verlangt, den Antrag einer sofort einzuführenden Sachwertsteuer den Verbandsmächten zur Verfügung zu stellen. Die Reichsregierung wird auf die schweren Folgen aufmerksam gemacht, die eine Verzögerung der Zahlungen nach sich ziehen würde.

## Die Stundungsfrage.

Paris, 5. Dez. Der „Temps“ erzählt aus London, die Stundungsfrage dürfte noch nicht so bald entschieden werden können, weil Lloyd George die Haltung der englischen Regierung erst in Washington festlegen möchte. Die Abreise Lloyd Georges nach Washington soll auf Mitte Dezember festgesetzt worden sein. Eine Entscheidung in der Entscheidungsjahre auf der Washingtoner Konferenz sei vor Ende dieses Jahres kaum zu erwarten.

## Die Konferenz in Washington.

China verlangt die Vereinfachung der Pachtverträge. Washington, 4. Dez. (Savas.) Der Ausschub für den ferneren Osten hat heute vormittag die Frage der chinesischen Pachtgebiete erörtert. Die Aussprache drehte sich um eine von der chinesischen Abordnung eingebrachte Denkschrift, in der der chinesische

Standpunkt folgendermaßen dargelegt wird: Der Anstoß zu der Forderung von Pachtgebieten in China ist auf Deutschland zurückzuführen (Tsingtau). Sie gleicht einem Straßenraub. Dieser erste Schritt hat zu einem Kampf um Konzessionen und Interessenzonen und beinahe zur Zerstückelung Chinas sowie zu dem unglückseligen Vorkerauffand geführt. Da die Konzessionsgebiete strategische Punkte bilden, tragen sie tatsächlich zur militärischen Schwächung Chinas bei. Sie liefern Vorwände für militärische Unternehmungen auf chinesischem Gebiet unter Verletzung der Neutralitätsrechte. Infolgedessen wünscht China, daß von der Konferenz Maßnahmen getroffen werden, die Pachtverträge für ungültig zu erklären und so schnell als möglich aufzuheben.

## Verzicht auf das englisch-japanische Bündnis.

Paris, 4. Dez. Dem „New York Herald“ wird aus Washington berichtet, er erfahre aus absolut sicherer Quelle, Kato und Balfour würden in der nächsten Vollziehung der Konferenz bekanntgeben, daß Großbritannien und Japan auf ihr Bündnis verzichten.

## Keine amtliche Unterstützung Amerikas für Rußland.

Paris, 4. Dez. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat das Kabinett gestern einen ihm vorgelegten Plan betreffend das Hoover'sche Hilfswerk für Rußland beraten, ohne zu einem Entschluß zu kommen. Der Plan sieht die Einberufung einer Konferenz vor, auf der die freiwillige Unterstützung des Hoover'schen Hilfswerks ausgearbeitet werden soll.

## Neues vom Tage.

### Aufteilung Deutschösterreichs?

Wien, 4. Dez. Graf Czernin sprach in einer demokratischen Versammlung über die Zukunft Oesterreichs. Er teilte mit, daß er private Nachrichten aus Frankreich und England erhalten habe, wonach die Möglichkeit der Aufteilung Oesterreichs an die Tschechoslowakei, Südslawien und Italien unter Ausschluß des Deutschen Reichs erörtert werde, falls die Zustände in Oesterreich dem Chaos entgegengingen.

So unsinnig dieser Plan erscheint, unter der rühmlichen Beiherrschhaft der Entente muß man auch diese Angelegenheit für möglich halten. Die Pländerungen in Wien werden allerdings dem „Chaos“ vorarbeiten.

### Die Lösung der irischen Frage gescheitert?

London, 4. Dez. Der „Ball Mall Gazette“ zufolge werden voraussichtlich im Februar Neuwahlen stattfinden, da im Fall des zu erwartenden Scheiterns der irischen Verhandlungen die Wähler zu fragen sein werden.

Nach dem Entwurf der englischen Regierung zur Regelung der irischen Frage sollen, wie verlautet, 26 irische Grafschaften im Süden und Westen Homerule erhalten haben. Ein Ausschub soll mit der Aufgabe betraut werden, die Berichtigungen der Grenze von Nord- und Südrand vorzunehmen.

Die Vertreter der Sinn Feiner haben heute vormittag London verlassen. Sie werden die Friedensvorschläge der englischen Regierung nach Dublin abbringen.

Von bewaffneten Männern wurde das Gefängnis in Londonderry (Irland) angegriffen. In dem Kampf wurden 2 Polizisten getötet. Es gelang, 7 der Angreifer gefangen zu nehmen.

## Für den Monat Dezember

werden Bestellungen auf un. Schwarzw. Tageszeitung „Aus den Tannen“ von allen Postanstalten, Postboten, Briefträgern, sowie von den Abnehmern und Agenten unserer Zeitung entgegengenommen.



## Landtag.

Stuttgart, 2. Dez.

(105. Sitzung.) Wieder lag ein Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart auf Strafbefreiung des Abg. Schneck (Komm.) wegen Verleumdung des württ. Richterstands und ein solcher von privater Seite gegen den Abg. Göhring (Soz.) wegen Verleumdung vor, die beide dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen wurden.

2. Lesung des Gesetzes über Farben und Wappen von Württemberg. Abg. Konrad Kaufmann (DdP.) berichtete namens des Staatsrechtlich-n. Ausschusses. Die Rechte stimmte durch Dr. Wolff (DdP.) den schwarz-rotten Landesfarben zu, lehnte aber die Lösung der Wappentragere und schließlich das ganze Gesetz ab. Lediglich das Zentrum stand durch Abg. Bod zu den Ausschussanträgen des Gesetzes, die damals einstimmig zustande kamen. Die Sozialdemokratie wünschte durch Abg. Heymann, daß die Hirsche, die den Wappenschild tragen, in Weiß kommen, die Demokratie beantragte einen neuen Wappenschild: Drei schwarze Hirschlängen auf Gold. Abg. Egelhaf (DdP.) lehnte die Verantwortung für das Gesetz ab und die äußerste Linke hatte nur Spott für die Vorlage. Die Haltung der Rechten führte zu lebhafter Auseinandersetzung, weil sie als Grund die finanziellen Kosten angab, und außerdem die Meinung vertrat, daß die heutige Staatsform nicht von langer Dauer sei. Dem gegenüber wurde von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß dieses Gesetz auf der Verfassung beruhe, in die feinerzeit durch Antrag Basille diese Fassung hincingebracht worden sei. Bei der Abstimmung wurde nach vorausgegangen Unterfückung der Ausschussanträge durch Staatsrat Hegelmayr und Staatspräsident Hieber Art. 1 des Gesetzes (Landesfarben) und der erste Teil des Art. 2 (Landeswappen) angenommen, dagegen von Art. 2 Satz 2 (die goldenen Hirsche) gestrichen. Die Regierungskoalition war auseinandergefallen, denn für den Ausschussantrag stimmten nur Zentrum (ohne Frau Riß) und Demokratie. Die Ueberzeugung war groß, weshalb die 3. Lesung später erfolgt.

Die 3. Lesung des Polizeiverordnungs-Gesetzes brachte eine Sensation. Enthüllungen über kommunistische Spielarbeit durch Abg. Steinmayer (Soz.) in Abwehr der kommunistischen Angriffe auf die Reichheitssozialisten. Aus geheimen Rundschreiben der kommunistischen Partei legte Steinmayer dar, daß die K.P. im ganzen Land Württemberg einen Kartellvertrag eingeleitet hat, der über alle Vorgänge politischer und militärischer Art die Kontrolle unterrichtet und eine Organisation ihrer Parteigenossen ins Leben rufen will nach der Eignung für kommende Anträge. Ein Fall ist das ganze Material der Sozial. Partei in die Hände gekommen. Nach dem vorgelegten Material hat der hies. Minister in München, der bekannte Dr. Franz Lipp in Ulm, schon 200 Berichte der politischen Polizei geliefert. Durch diese Enthüllung über die Tätigkeit der politischen Polizei dürfte aber der württ. Regierung kein besonderer Dienst erwiesen sein. Das Polizeiverordnungs-Gesetz wurde zum Schluß gegen 3 Unabhängige (die Kommunisten hatten den Saal verlassen) angenommen.

Die nächste Sitzung soll erst in der letzten Dezemberwoche stattfinden.

Anfrage wegen des Hausierhandels. Die Abgg. Wiber, Hiller, Eiler, Körner (DdP.) haben folgende kleine Anfrage an den Landtag gerichtet: „Nach Mitteilungen aus dem Lande mehren sich die Schädigungen durch das Ueberhandnehmen des unethischen Hausierhandels. Was ist dem Staatsministerium hi von bekannt und ist es geneigt, für die Ausgabe der Wandergewerbebescheinigung die Anordnung scharfer Prüfung zu treffen?“

## Ämftliche Bekanntmachungen.

Rom Oa.-Bezirk Calw

Das Oberamt Calw macht bekannt: Der am Mittwoch, den 14. Dezember 1921 in Calw fallende Vieh- und Schweinemarkt wird ausserhalb der öffentlichen Gassen verboten. Die Abhaltung des Rädermarktes und des Pferdemarktes wird gestattet.

## Aus Stadt und Land.

Mittwoch, 6. Dezember 1921.

Nach keine Postgeschwinderhöhung. Unter dem Blikum scheint die Meinung verbreitet zu sein, daß mit Erhöhung der Eisenbahnpreise auch eine Erhöhung der Postgebühren und Kraftwagenpreise am 1. Dezember festzusetzen habe. Demgegenüber ist festzustellen, daß eine Erhöhung der Postgebühren und Kraftwagenpreise nicht eingetreten ist. Als Zeitpunkt für die Gebührenerhöhungen im Post-, Telegraphen- und Fernsprechebereich ist der 1. Jan. 1922 in Aussicht genommen.

Liederfranz Konzert. Das erste vom Liederfranz im Saal des Gänsebaum unter Leitung des ersten Chors „Harmonie“ wird unter der Leitung des Dirigenten Franz Kattjes unter dem Namen „Liederfranz“ den beliebten schwäbischen Liedkomponisten Sieder, dessen Lieder in der Gemeinde uneres Volkes gesungen sind. Das Konzert wurde durch einen Vortrag von Hauptlied: „Frucht über Sieder und das Volkslied eingeleitet, wobei der Vortragende den Zuhörern ein Bild des Lebens und Wollens uneres Schwäbischen in der Komposition gab. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag und nachdem Lehrer Stengel ein Gedicht „Das Deutsche Lied“ eingelesen und voll zum Vortrag gebracht hatte, brachten die geselligen Darbietungen und zwar abwechselnd vom Liederfranz, der Harmonie und dem Chor vor. Es folgte ein Lied „Im Saal der Lieben, um so wohl bekannt und immer wieder gern gesungen und gelehrt Lieder Sieder, wie „Wenn alle Bräutlein sterben“, „Morgen muß ich fort von hier“, „Alle Welt ist mir nett lustig sein“ usw. Es war ein schön gemundener Strauß von Liedern, der den Zuhörern gewidmet wurde und bei dessen Darbietung sich Beifall und Harmonie gleich viel Wärme gaben und lebhaften Beifall fanden. Den Schluß des geselligen und wohlgerührten Abends bildeten noch deklamatorische Vorträge des Herrn Stengels.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 5. bis 11. Dezember zum Preis von 720 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 360 Mark für ein Zehnmarkstück. In den beiden Vorwochen war der Preis 850 bzw. 425 Mark.

Gegenseitige Anerkennung der Reisezeugnisse. Zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung ist ein Uebereinkommen getroffen worden, wonach Reisezeugnisse der österreichischen Mitgliedschaften und der deutschen höheren Lehranstalten gegenseitig anerkannt werden.

Die Steuerbücher, die als Grundlage für den Steuerabzug vom Arbeitslohn vom 1. Januar 1922 ab dienen, können die Gemeinden auch als einreden Brief durch die Post versenden. Für die Arbeit und Kosten erhalten die Gemeinden eine Entschädigung von 1 Mk. für jedes ausgefertigte, ausgehändigte oder überjandte Steuerbuch.

Steuerabzug bei den Hausbediensteten. Ueber den Steuerabzug bei den Hausbediensteten besteht noch vielfach Unklarheit. Die heutige Rechtslage ist kurz folgende: Steuerpflichtig und daher auch dem Steuerabzug

unterworfen sind außer dem Arbeitslohn auch die Naturalbezüge wie freie Kost, Wohnung, Heizung, Beleuchtung. Der Wert dieser Bezüge ist vom Landeszustand in Stuttgart mit Wirkung vom 1. November 1921 folgendermaßen festgesetzt worden: Wert der freien Station (Kost und Wohnung) täglich 9 Mk., monatlich 250 Mk., Wert der täglichen Verköstigung (freie Kost) täglich 7 Mk., monatlich 200 Mk., Wert freier Wohnung, Heizung, Beleuchtung täglich 2 Mk., monatlich 50 Mk. Der Steuerabzug ist vom vollen Lohn samt etwaigen Nebenbezügen einschließlich des Wertes der Naturalbezüge zu machen, also ohne Abzug von Befreiungsbeiträgen oder sonstigen Aufwendungen. Wenn der Arbeitgeber die Steuer selbst entrichtet, so ist auch der bezahlte Steuerbetrag ein Teil der steuerpflichtigen Bezüge des Bediensteten. Zugerechnet ist in diesem Fall den Bezügen ein Viertel ihres Betrags. Zum Ausgleich etwaiger Werbungskosten, d. h. der aufzunehmenden Aufkosten für Befreiungsbeiträge, Arbeitskleider und dergl. dürfen an dem 10prozentigen Steuerbetrag Abzüge gemacht werden, und zwar 50 Pfg. täglich, 3.60 Mk. wöchentlich, 15 Mk. monatlich. Ferner bleiben für den Steuerpflichtigen gewisse Beträge, das sogenannte Existenzminimum, frei, nämlich 40 Pfg. täglich, 2.40 Mk. wöchentlich, 10 Mk. monatlich. Abzurunden ist die Steuer am Schluß auf 10 Pfg. Die Steuerbeträge werden in Gestalt von Steuermarken, die bei jeder Postanstalt zu haben sind, in die Steuerkarte (Steuerbuch) des Arbeitnehmers eingeklebt und durch Datum-Anschrift entwertet. Jedes Vierteljahr wird in der Steuerkarte ein neues Blatt angetragen.

Aufruf zur Volksabstimmung in Westungarn. Jene Personen, die in den Gemeinden Oedenburg mit Brennbach, Agendorf, Groß-Birkendorf, Hartau, Holzling, Kolhof, Kreisbach, Wandorf und Wolf geboren oder zuständig sind oder dort bis 1919 ständig wohnhaft waren, werden ersucht, sich als Abstimmungsberechtigte beim österreichischen Konsulat Stuttgart, Hegelstraße 5, möglichst unter Vorlage von Dokumenten unverzüglich zu melden.

Nach d. 5. Dez. (Von der Schuhmacher-Innung des Bezugs.) Die Freie Schuhmacherinnung des Bezugs hielt gestern hier in der „Burg“ eine Ausschusssitzung ab, zu welcher auch Vertreter der Nachbarrnungen geladen und erschienen waren. Es wurde die derzeitige schwierige Lage und die Preisfrage erörtert. Bei Behandlung des letzteren Gegenstands wurde die Weimarer Kollektion zu Grunde gelegt. Nachmittags 2 Uhr fand im „Löwen“ eine Vollversammlung statt, bei welcher Obermeister Kürschner die anwesenden BerufsKollegen, sowie die Gäste aus den Nachbarrnungen begrüßte und von dem Beschluß der Ausschusssitzung Kenntnis gab. Die Preisregelung wurde zur Diskussion gestellt und gebilligt. Im Anschluß daran wurde die Ausstellung der Facharbeit des hier unter Leitung von Kappler-Pulzaraferweller stattfindenden Kurzes, unter Führung und Eskulation des hiesigen Bezirks. Der Besuch der Versammlung war seitens der Berufskollegen ein sehr guter und die Abstimmung fand auch bei dem Publikum Beachtung und Anerkennung.

Blidberg, 2. Dez. (Freiwilrig zu Käseteilen.) Der am 18. September d. J. zum Stadtvorstand gewählte Ratsschreiber Glock von Felsbach, dessen Wahl sehr persönlichem Grunde angezweifelt wurde, ist nunmehr freiwillig wieder zurückgetreten. Die Neuwahl soll voraussichtlich Anfang Januar d. J. stattfinden.

Von der landw. Winterschule Calw. Am Donnerstag den 1. Dez. nach 4 Uhr fand in der landw. Winterschule Calw der erste öffentliche Schülerabend statt. Zweck dieser Abende ist die jungen Landwirte an öffentlichen Sprechern zu gewöhnen und Leute aus Stadt und Land des Interesses der landw. Schule fähig zu bringen. Gefra-

## Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Bollinger.

(27)

(Nachdruck verboten.)

8. Kapitel.

Die Leichenfeier in der Villa Jensen war vorüber. Gebet und Segen des Geistlichen waren verklungen, und die kleine Trauerverammlung gab Raum für die in ostentative Kostüme gekleideten Träger, die sich mit gleichgültigen oder verdrossenen Mienen ansahen, den schweren, blumenbedeckten Sarg auf ihre Schultern zu heben.

Der Geistliche, der sich der schwierigen Aufgabe, dem Dahingekleideten eine würdige Leichenrede zu halten, mit einer Anzahl klingender Phrasen mühselig genug entledigt hätte, trat auf die von einem dichten, schwarzen Trauerkleid umwallte, leih, schluchzende Braut des Verstorbenen zu, um ihr in üblicher Weise noch einige Worte persönlichen Beileids und sanften Trostes zu spenden; dann wendete er sich zum Gehen; denn er sollte ja noch am offenen Grab seines Amtes walten, und auch für ihn stand draußen ein Wagen bereit. Langsam, mit feierlich-ernsten Mienen, näherte sich von den Trauergästen einer nach dem anderen der Zurückbleibenden, um ein paar halbverstandliche Worte „innigsten Mitgeföhls“ zu murmeln, wie die Sitte es nun einmal gebot. Für jeden hatte Luise ein Reigen des schwarz verhängten Hauptes und einen erherberd gehauchten Dank. Unter den halbgeleiteten Leuten hervor aber suchten ihre Augen dabei beständig nur einen, der noch immer an der Wand neben der Ausgangstür lehnte, wo er, abseits von den anderen, während der ganzen Trauerzeremonie gestanden hatte. Alle, die sich hier zusammengefunden hatten, wußten, wer er war; aber allen war er ein Fremder, und keiner hatte sich ein Herz geföhlt, auch ihm das herkömmliche Beileid auszubringen. Der Ausdruck seines Gesichts mochte die guten Freunde und Bekannten des verstorbenen Jens Jensen davon abgehalten haben, sich gegen seinen einzigen Verwandten in teilnehmenden Redensarten zu ergehen. So gar der Geistliche war wortlos an ihm vorübergefahren, nachdem er einen unklaren Blick auf dies unbewegte,

ruhig Holz; Männergesicht geworden, dessen Träger es offenbar mit vollem Bewußtsein verschmähte, seine wahren Empfindungen hinter einer Maste erheuchelten Schmerzes zu verbergen.

Nun war auch der letzte über die Schwelle des schwarzangeselegenen, künstlich erhellen Gemaches aufatmend in das helle Tageslicht hinausgetreten, und jetzt endlich kam Bewegung in die redend hohe Gestalt des jungen Malers. Rudigen Schrittes näherte er sich dem Sarge, auf den Luise Magnus niedergesunken war, und machte ihr eine kurze, gemeinere Verbeugung.

„Mein Name ist Kodes, und der Mann, den Sie soeben hinausgetragen haben, war der Bruder meiner Mutter. Ich muß das zu meiner Legitimation vorausschicken, mein Fräulein, ehe ich frage, ob Sie geneigt sein würden, mir heute oder morgen eine kurze Unterredung zu bewilligen.“

Kein Wort der Teilnahme. Die düstere Feierlichkeit des Ortes und des Augenblickes übten nicht den geringsten Einfluß auf die eisige Höflichkeit seiner Haltung und seines Benehmens. Wieder, wie bei ihrer ersten Begegnung draußen im Garten, sah er durch die dichten Wäschchen des Schleiergewebes den seltsamen Glanz der wunderbaren Frauennagen, die fest und furchtlos auf sein Gesicht gerichtet waren, aber nicht für einen Moment hatte er sich durch sie in Verwirrung bringen lassen. Und wenn sie nicht die allgeringste Menschenkenntnis bezeugen hätte, darüber, daß dieser Mann ihr als ein Feind gegenüberstand, hätte die Brautkammerin wahrlich nicht im ungewissen sein können.

Luise, die in den Mienen der Menschen schon zu lesen gewohnt hatte, als sie beinahe noch ein Kind gewesen war, sah in Kodes' schönem, energischen Männergesicht wie in einem klaren Spiegel alles, was in der Seele des Sprechenden vorging, und sie war nicht so töricht, auch vor ihm eine Komödie des Schmerzes und der Betroffenheit weiterzuspielen, die auf ihn doch nimmermehr den beabsichtigten Eindruck hätte hervorbringen können. Mit der Würde einer Königin erhob sie sich aus ihrem Stuhl, und ihre wundervolle, dunkle Stimme klang klar und ruhig durch den Raum.

„Ich bin selbstverständlich jederzeit bereit, Herr Kodes, Sie im Hause meines Vaters zu empfangen. Aber, wenn ich einen Wunsch äußern darf, ist es der, daß Sie mir

den beabsichtigten Besuch lieber heute als morgen machen — vorausgesetzt natürlich, daß es Ihnen nicht besondere Unbequemlichkeiten bereitet.“

„Durchaus nicht! Ich werde mir also erlauben, pünktlich um vier Uhr nachmittags bei Ihnen zu erscheinen.“

Sie neigte sich zustimmend. Und mit einer kurzen Verbeugung nahm er Abschied, ohne daß noch ein einziges weiteres Wort zwischen ihnen gewechselt worden wäre. Loosend blieb Luise neben ihrem Stuhl stehen, bis ihr das dumpf hereinrollende Rollen der Wagen verriet, daß sich der Trauerzug in Bewegung gesetzt habe. Dann, indem sie mit einer energischen Handbewegung ihr Gesicht von dem lästigen Schleier befreite, verließ auch sie das Trauergemach, dessen bestemmte Atmosphäre ihr wie eine schwere Last auf der Brust gelegen hatte, und wandte sich an die schwarzgekleideten Dienstmädchen, die im Hintergrund der Diele flüsternd beieinander standen.

„Sorgen Sie dafür, daß im Speisezimmer die Verhängungen von den Fenstern entfernt und sämtliche Stühle weit geöffnet werden. Im übrigen wünsche ich, daß auch weiterhin nichts im Hause angerührt werde. Ich habe Ihnen bereits gesagt, daß die Villa mit allem, was sie enthält, nach dem letzten Willen des Herrn Jensen mein Eigentum ist; aber das Testament, das diese Bestimmung auspricht, wird erst morgen eröffnet werden. Und bis dahin möchte ich keinerlei Besitzrecht ausüben!“

Der Diener und die Mädchen hörten schweigend zu; aber es entging Luise nicht, daß in ihrer Haltung mehr freundlicher Trost, als achtungsvolle Ehrerbietung war. Und da sie durch ihre verschlossenen Mienen gereizt wurde, fügte sie nach kurzem Warten hinzu: „Auf keinen Fall jedoch wird die Villa in nächster Zeit bemohnt sein, und damit entfällt selbstverständlich auch die Notwendigkeit Ihrer weiteren Dienste. Sie werden für die vorzeitige Entlassung natürlich angemessen entschädigt werden, und es wird nur in Ihrem eigenen Interesse liegen, wenn Sie sich unverzüglich nach anderen Engagements umsehen!“

„Es ist mir sehr angenehm, das von dem gnädigen Fräulein zu hören,“ sagte nunmehr der Diener; „denn wir waren schon untereinander einig geworden, um unsere Entlassung zu bitten. Keiner von uns möchte länger in diesem Hause dienen.“

Fortsetzung folgt.





überwies hatten sich verschiedene Gäste einfinden und nach einem Vortrag eines Schülers über Kartoffelbau setzte ein reger Meinungsaustausch ein, der den Anwesenden mancherlei Anregung gab. Allgemein befreudigt ging man nach dreistündiger Debatte auseinander, nachdem noch der Wunsch ausgesprochen war, die Bestellung von Freunden unserer Winterschule möge in Zukunft eine noch regere werden. — Die Schüler der landw. Winterschule Calw veranstalteten unter sich eine Sammlung zur Anschaffung eines Rinde skeletts, die die totale Summe von 1118 Mark ergab. Zu ähnlichen Zwecken gingen der landw. Winterschule vom landw. Bezirksverein Calw wie auch vom landw. Bezirksverein Ruedberg je 1000 Mark zu, wofür auch an dieser Stelle herzlich gedankt sei. Die Schule ist ja noch verhältnismäßig jung und so fehlt es ihr noch sehr an dem für den Unterrichtserfolg so wichtigen Anschaffungsmaterial, weshalb sie für derartige Zusammenkünfte von Vereinen oder Privaten außerordentlich dankbar ist. Mögen die angeführten Beispiele auch andere zur Nachahmung anregen.

**Freundenklub, 4. Dez.** Der landw. Bezirksverein Freudenstadt hielt am Donnerstag, 1. Dezember in Dornstetten (Bahnhofswirtschaft) sein 3. heilige Ausschussung ab, die seitens der Ökonomie und sonstigen ständigen freunden Klub sehr zahlreich besucht war. Nach der Festlegung derselben berichtete der Vereinsvorsitzende, Landwirt G. Braun, über den Abschluß und die Erweiterung der Wirtschaft und die Sammlung für die wirtschaftlich Schwachen, welche außer etwas Betrieb 490 Jünger Ratzeff in ergeben habe, die aber noch nicht als abgeschlossen zu betrachten sei, weil aus verschiedenen Leistungsfähigen Gemeinden die Meldungen noch nicht eingegangen seien. Darauf begründete er die nachträgliche Erhöhung des Mitgliedsbeitrags p. 1922 auf M. 13 — und empfahl die Spenden für das „Haus der Landwirte“ in Stuttgart. Bezüglich der Bildung von Ackerbau-Ausschüssen gab er der Hoffnung Ausdruck, daß solche im Laufe des Winters in allen Gemeinden mit vorhergehend landwirtschaftlicher Beratung zur Durchführung gelangen, damit im Frühjahr die Arbeit aufgenommen werden könne. Er machte auf die vom landw. Hauptverband ins Leben gerufenen Bauberatungsstelle und die vom Verband landw. Genossenschaften angeleitete Düngeversuche durch Landwirte aufmerksam und empfahl, hierzu Gebrauch zu machen. Anschließend der Besprechung der Versorgung mit künstl. Düngemitteln kam auch die Frage der Errichtung eines Lagerhauses zur Sprache; es zeigte sich aber durch lebhafte Bedenkenäußerungen, daß diese Anlegenheit noch nicht spruchreif ist. In Anbetracht der Lage der Dinge, Dornstetten zwei Anwartscheinungen des Kindes vor und erdichtete deren Behauptung.

Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete ein lehrreicher Vortrag von Diplomlandwirt Dr. Hummel vom landw. Hauptverband, welcher sich eingehend über unsere wirtschaftliche Lage und die Frage verhandelte, wie wir viel leicht aus derselben wieder herauskommen können. Er kam zu dem Ergebnis, daß die Landwirtschaft nicht wie Industrie und Handel Auslandswerte beschaffen, aber solche ersparen können, wenn sie alle Mittel anwendet, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Wenn jeder Landwirt bestrebt wäre, den höchstmöglichen Ertrag aus seinem Boden herauszuwirtschaften, würde uns der Verlauf von Au Landgetriebe zu für uns unerschwinglichen Preisen erspart bleiben. Abgesehen davon, daß eine solche gute gezielte, meist größte Betriebe herrsche in der Mehrzahl der mittleren und besonders der kleinen Landwirtschaftsbetriebe noch große Mängel. Durch vermehrte künstliche Düngung, bessere Bodenbearbeitung, Verwendung ausgereinigter Saatguts und musikalische Betriebsführung besonders durch Anwendung von Maschinen könnte der Ertrag vielleicht verdreifacht werden. Bei einiger Einschränkung des Fleischkonsums könnten auch noch weite Flächen, die bisher der Beschaffung der tierischen Nahrung dienen, zum Fruchtbau verwendet werden, ohne daß die Milchproduktion dadurch Schaden leiden würde. Die Versammlung sollte dem Redner allgemeinen Beifall, worauf sich eine lebhafte Aussprache anschloß. Der Vorsitzende sprach zum Schluß dem Referenten den Dank aus und ermahnte die Obmannen, die geäußerten Anregungen in ihren Ortsgruppen zu verbreiten und möglichst zu verwirklichen.

**Wittendorf, 1. Dez.** (Zöbl. Unglücksfall) Der im 70. Lebensjahr stehende Schneidemeister Bauer v. Ruum, welcher hier im Kundenhaus arbeitete, stürzte gestern abend gegen 10 Uhr im Hause des Math. Kober, Wagnermeister wohl infolge eines Schwindelanfalls, womit er zuweilen behaftet gewesen sein soll, die Treppe hinunter und war sofort tot.

**Ruedberg, 2. Dez.** (Mittelstandshilfe) Von der Fa. Krauth und Co. in Hülen ist für die Mittelstandshilfe die erfreuliche Summe von 5000 M. gespendet worden.

**Ruedberg, 3. Dez.** (Vom Rathaus) In der letzten Gemeinderatssitzung wurde der städt. Voranschlag zu Ende beraten. 1907 531 Mark Ausgaben stehen 767 929 Mark Einnahmen gegenüber. Der Abmangel von 439 602 Mark sollte auf eine Anleihe auf Grund, Gebäude und Gewerbe von 22 Proz. gedeckt werden.

**Stuttgart, 4. Dez.** (Für die Mittelstandshilfe) Der Stuttgarter Gemeinderat hat zu der von der Württ. Zentralleitung für Wohltätigkeit eingeleiteten Sammlung für den notleidenden Mittelstand einen Beitrag von 320 000 M., d. h. 1 M. auf den Kopf der Einwohnerschaft, bewilligt mit der Maßgabe, daß der ganze Betrag für Stuttgart zur Verfügung zu stellen ist, falls andere Gemeinden des Landes ihre Beitragsleistungen an eine entsprechende Bedingung knüpfen sollten.

**Stuttgart, 4. Dez.** (Erhöhung der Bierpreise) Wie die „Wirtschaftszeitung“ erzählt, soll ab 10. Dezember der Preis für das Spitzentige und für das 12proz. entigte Bier bedeutend erhöht werden.

**Landwirtschaftliche Woche 1922.** Die meisten landw. Vereinigungen Württembergs haben bereits zugestimmt, anlässlich der landwirtschaftlichen Woche ebenfalls in Stuttgart zu tagen. In der Mitglierversammlung des landwirtschaftlichen Hauptverbands werden hervorragende Vertreter der deutschen Landwirtschaft als Hauptredner auftreten. U. a. ist auch der Präsident des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, Dr. Edler von Braun, gewonnen worden, der über die gegenwärtige und künftige Wirtschaftspolitik sprechen wird.

**Geheimbündelei.** Das Württ. Landespolizeiamt hat in den letzten Tagen in Stuttgart und Tübingen bei 7 Personen, deren Namen in den Allen der Staatsanwaltschaft Odenburg wegen Geheimbündelei der Organisation C (Gehhardt) genannt sind und die deshalb der Teilnahme an diesem Geheimbund verdächtig waren, Durchsuchungen vorgenommen. Derselben haben lediglich ergeben, daß einzelne der in Frage stehenden Personen früher in persönlichem Verkehr mit Mitgliedern der Organisation C standen. Daß sie selbst Mitglieder der Organisation C sind oder waren, war bei keinem festzustellen; auch sonstige hinreichende Anhaltspunkte für eine strafbare Beteiligung an dem genannten oder an einem anderen Geheimbund liegen nicht vor.

**Preiserhöhung für Arzneimittel.** Vom 1. Dezember an sind die Apotheker berechtigt, auf Arzneimittel und Arzneien, die in abgabefähiger Packung aus dem Handel bezogen und nach der Arzneitaxe berechnet werden, einen Erzeugungszuschlag von 60 Proz. für jede Packung zu erheben.

**Lohnbewegung im Baugewerbe.** Die Bauarbeiter haben wieder in einer Lohnbewegung. Das Bezirkslohnamt hat bereits einen Schlichterspruch gefällt, der für alle über 20 Jahre alten Bauarbeiter, gelernte und ungelernte, ab 1. Dezember eine Lohnerhöhung von 2.40 M., von 18—20 Jahren 2 M. für die Stunde vorsieht. Die Arbeiter stimmten zu, dagegen lehnte eine Generalversammlung der Arbeiter der römischen Schlichterspruch ab, ebenso die Unternehmervertreter.

### Parteitag der Deutschen Volkspartei.

**Stuttgart, 2. Dez.** Zweiter Tag. In den heute von Frau Basser mann-Mannheim geleiteten Verhandlungen wurden nach einem Bericht des Reichstagsabgeordneten Kempfers Satzungsänderungen über den Parteivorstand angenommen und der Geschäftsbericht gutgeheißen, wonach die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder sich um 83 886 erhöht hat.

**Reichstagsabg. Dr. Hugo** sprach über die Reichsfinanzen und die Steuerreform. Neben dem Krieg habe die Revolution mit ihren Auswirkungen, der belandeten Verschleuderungswirtschaft und ferner die Kriegentschuldungen unsern Reichsfinanzverhältnisse zermürbt. Der Wohlstand könne nur durch Stilllegung der Rentenpresse ein Ende gemacht werden. Durch Steuern und die Kriegenscheidungen nicht aufzubringen. Ohne Ermäßigung der Kontributionen gibt es keine Gesundung der Reichsfinanzen. Die überflüssigen Beamten — so hat jetzt das Ministerium des Innern statt der früheren 50 höheren Beamten über 350 — sind allmählich zu entfernen. Die Staatsfinanzen seien zu entsaften durch Umstellung der Staatsbetriebe in privatwirtschaftlich geleitete Betriebe, wobei die wohl erworbenen Rechte der Beamten in keiner Weise berührt werden dürfen. Notwendig sei die verstärkte Heranziehung des Reichs und steuerliche Erfassung der Vermögen überall dort, wo unserer Wirtschaft das Herzblut nicht entzogen wird. Die ganze Durchführung der Finanzorganisation sei unzulänglich. Unsinngig sei die geplante Einführung einer Steuer auf Speisen und Getränke in Gastwirtschaften. Mit der Idee der Erfassung der sog. Goldwerte wissen selbst ihre Verteidiger nichts anzufangen.

Über Landwirtschaft und Volksernährung sprach der Reichstagsabg. Sepp: Die Wiederherstellung der Landwirtschaft sei Vorbedingung für die Gesundung unserer gesamten Wirtschaft, denn sie ist die Kraftquelle für jegliche Arbeitsleistung. Nicht mit Ablieferung und Zwangsvorfällen, sondern mit Produktionssteigerung werden wir der Schweregefallen Herr.

**Reichstagsabg. Senator Bechthien** Hannover besprach die Lage des gewerblichen Mittelstands. Die Sozialversicherungsbedingungen werden nirgends mehr abgelehnt als im selbständigen Mittelstand. Mindestens 12 Millionen Menschen, also ein Fünftel der deutschen Bevölkerung freisen ihr Leben aus mittelständischer Arbeit. Die Segnungen der Revolution und die unverändliche Einschränkung der Arbeitszeit, die nur zur Pflanzarbeit führt, lehnt der Mittelstand ab.

Nach der Mittagspause berichtete Reichstagsabg. Dr. Kunkel über Kulturprobleme der Gegenwart. Auf dem Gebiet des Denkens, Willens und Fühlens habe man überall einige besonders deutschcharakteristische Kulturkräfte, Erdungsgeist, Wille zur Arbeit, religiöses und soziales Gefühl. Aus den deutschen Bewusstseins erwache als seelische Grundstimmung der stetigste Optimismus, der seine Kraft aus der Ewigkeitswelt hole, den einer unserer Größten so formuliert: Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt. Das weibliche Geschlecht muß vor allem für die Erziehung des Kindes herangebildet werden. Der soziale Gedanke ist davon abhängig, daß die Kinder aller Berufs- und sozialen Schichten gemeinsam unterrichtet werden. Für die Einheitschule darf nicht der Standpunkt einer Partei, sondern nur die Weltanschauung eines Volkes maßgebend sein. Wir stehen auf dem Standpunkt des christlich-nationalen Erziehungsziels. Nur

durch Arbeit des ganzen Volkes kann das soziale Problem der Gegenwart gelöst werden. Die sozialistische Arbeit würde die Kräfte unterbinden. Nur da, wo privatwirtschaftlich die Verantwortung getragen wird, kann die volle Kraft zur Entfaltung kommen, und in der Konkurrenz der Qualitätsarbeit liegt der Hauptantrieb für die Kraftentfaltung des Individuums.

**Frau Abg. Dr. Wolf**, Mitglied des Bayer. Landtags, wandte sich gegen die sozialistisch materielle Weltanschauung, verlangte die Pflege des Heimatgefühls, die Beibehaltung des Religionsunterrichts in allen öffentlichen Schulen, die Sicherung des Familienlebens, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau und die Beseitigung der Not der geistigen Arbeit.

Nach einer längeren Aussprache schloß Abg. Wides den Parteitag.

### Vermischtes.

**Mahnung zur Vorsicht.** Der Landwirt Glatz in Wittesheim B. N. Donauwörth wärmete eine Kanne Benzol an dem Stubenofen. Es fing Feuer und die Wohnstube war im Nu ein Flammenmeer. 2 Kinder sind an den Brandwunden gestorben, andere Familienmitglieder sind schwer verletzt.

**Verbot des deutschen Schülertags.** Das Preussische Kultusministerium hat in einem Rundschreiben an sämtliche Schulleiter die Einberufung von Vertretern der Schülervereinigungen nach Hannover zwecks Teilnahme an dem Ersten allgemeinen deutschen Schülertag verboten. Wie die Z. N. zuverlässig erfährt, wird die hannoversche Schülerschaft die Tagung, zu der bereits über 1000 auswärtige Anmeldungen aus allen Teilen des Reichs vorliegen und deren hauptsächlichster Zweck ein Treueebnis der Jugend zum Vaterland, zur Sittlichkeit und Einfachheit und Dankbarkeit gegen die im Weltkrieg gefallenen Mitschüler und Lehrer sein soll, ohne Aenderung des Programms durchführen.

### Handel und Verkehr.

**Die neuen Zementpreise.** Die Zementpreise wurden, wie bereits kurz berichtet, einheitlich um 2000 M. pro Tonne erhöht. Sie lauten: für das norddeutsche Gebiet 6010, für Rheinland-Westfalen 5800, für Süddeutschland 6123 M. Bei Lieferungen für Staatsverwaltungen ermäßigen sich diese Preise um 70 M.

**Stuttgart, 4. Dez.** Das württ. Arbeitsministerium hat einer Erhöhung der Riegelpreise um durchschnittlich 40 Prozent zugestimmt.

**Fruchtmarkt Winnenden, 1. Dez.** Die Zufuhr betrug 61 Ztr. Weizen, 66 Ztr. Hafer und 9 Ztr. Dinkel. Bezahlt wurde für Weizen 390—400, für Hafer 260 bis 275 und für Dinkel 275—300 M. je der Ztr. Handelspreis für Roggen sehr lebhaft.

### Letzte Nachrichten.

**WZB Wien, 5. Dez.** Wie amtlich gemeldet wird, ist die militärische Besetzung des Burgenlandes beendet.

**WZB. Gaf, 5. Dez.** Ein Aufruf des Völkervereinigungssekretariats dringt sich in Rußland, um die Errichtung des internationalen Gerichtshofs im Friedenspalast vorzubereiten. Der Gerichtshof ist für den 30. Jan. 1922 nach Haag einberufen worden.

**WZB. Paris, 5. Dez.** (Havas.) Im Ministerium des Auswärtigen beschäftigt man sich von einer bevorstehenden Zusammenkunft der Minister des Auswärtigen von England, Italien und Frankreich zur Besprechung der Orientfrage die Rede ist. Diese Zusammenkunft dürfte in Paris stattfinden. Es ist wahrscheinlich, daß die Minister die Gelegenheit herbenutzen werden, auch die Frage der Reparationen zu prüfen.

**WZB. Berlin, 4. Dez.** Nach einer Mitteilung der englischen Regierung wird Loson und dessen Kopulinen, die sich auf Fahrzeugen von Amerika nach deutschen Häfen in deren Begleitung befinden, von Fall zu Fall gehalten, in dem Vereinigten Königreich an Land zu gehen.

**WZB. Paris, 4. Dez.** Wie der „New York Herald“ erzählt, wird die Ratifizierung von der Kündigung des englisch-spanischen Vertrags offiziell bestätigt, obwohl die Delegationen formelle Erklärungen darüber ablehnten.

**WZB. Berlin, 4. Dez.** Wie die Blätter melden, sind die Berliner Bauarbeiter und Zimmerleute in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine Erhöhung des Stundenlohnes auf 15 Mark.

**WZB. Paris, 4. Dez.** Wie der „Matin“ mitteilt, erwägt die französische Regierung, ob es nicht angeht, sei dem englischen Kabinett eine allgemeine Aussprache, die sich auf alle im gegenwärtigen Augenblick auf Frankreich und England beziehenden Fragen erstreckt, vorzuschlagen.

**WZB. Berlin, 4. Dez.** Am Montag tritt in Leipzig der Reichsbedienstetentag für die Metallindustrie zusammen.

**WZB. Berlin, 4. Dez.** Nach der Vossischen Zeitung schlägt man in den Kreisen der Beamten die Mehrbelastung, die dem Reichshaushalt durch die neuerlich von den Beamten geforderten Gehaltserhöhungen erwachsen würde, auf 5 Milliarden Mark.

Für die Sachlichkeit verantwortlich: Ludwig Baas,  
Druck und Verlag der W. Metzler'schen Buchdruckerei Merzberg.

Im Interesse der vielen Bruchleidenden sei an dieser Stelle nochmals ganz besonders auf das Inserat des Herrn Ph. Steiner Sohn in heutiger Nummer hingewiesen.





## Aerzte-Verein Calw-Nagold.

Um der allgemeinen Teuerung teilweise Rechnung zu tragen, sehen sich die Aerzte der Oberamtsbezirke Calw, Maulbronn, Nagold, Neuenbürg, Vaihingen-Enz genötigt,

**Ihre Gebühren**  
einem gemeinsamen Beschluss entsprechend  
**zu erhöhen.**

Satz, 3. Dezember 1921.

## Dankfagung.



Für alle Liebe und Teilnahme während des schweren Krankenlagers sowohl als auch beim Begräbnis unserer Frau und Mutter

**Karoline Beesenmeyer**

sagen herzlich „Vergelt's Gott“.

Ev. Matth. 25, V. 40.

**Die Hinterbliebenen.**

## Nachruf

für Frau Karoline Beesenmeyer.

Durchschneidend schien's, dich, edler Geist, zu wissen,  
Das laute Auge, hell bei Ja und Nein,  
Das starke Herz, oft bang, nie zerissen,  
Das stille Herz, das unter schwerer Last  
Die Seinen doch mit heil'rer Lieb umfaßt.

Die treue Hand, die alles Klug geteilt,  
Geordnet und gewogen und gesiebt,  
Die nie gerührt, doch fähmisch nie geeilt,  
Und jedem stets das Beste zugewendet,  
Die auch den herbsten Reiz zu Gottes Lob  
Vor uns hinweg, zum eignen Rande hob.

Den Sinn, der mit der Sünde nie gespielt,  
Dem Wahren nur und Ungefälschten offen,  
Der kräftig unser Band zusammenhielt  
Mit schneller Tat und unerschüttertem Glauben,  
Der, wenn die Flut der Trübsal überschlug,  
Gewurzelt stand und alle mit sich trug.“

(A. N.)

## Bieh-Verkauf.

Am nächsten **Mittwoch 7. Dezember** von morgens 8 Uhr ab haben wir wieder im **Gasthof z. Traube** in **Altensteig** einen großen, frischen Transport erstklassige, hochträgliche



**Kalbinnen**  
junge, trüchtige  
**Rühe** und  
**Milchkühe**

zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlich einladet

**Mag Zürndorfer.**

Weihnachts-  
Geschenke  
geeignet empfiehlt

## Bücher

aller Art  
**Jugendbücher**  
und  
**Bilderbücher**  
**Gesangbücher**  
**Gebet- und**  
**Erbauungsbücher**

die  
**W. Rieker'sche Buchh.**



# Weihnachten naht!



Es ist die  
Zeit für den  
Geschäftsmann ge-  
kommen, seine Firma  
und seine als Weihnachts-  
geschenke geeigneten Artikel in  
empfehlende Erinnerung zu bringen.  
Dazu sind Inserate in der Schwarz-  
wälder Tageszeitung „Aus den  
Tannen“ besonders geeignet.



Altensteig.

Billiger als Petro-  
leum sind im Haushalt

## la Compositions- Kerzen

das Stück 50 Gr. schwer  
nur Mk. 1.—

**Christbaum-  
Kerzen**

bunt, Schachtel mit 30 St.  
Mk. 4.50.

**Cichorien**  
von Daniel Völcker in Lahr  
Pfd. Mk. 6.—

**Linde's  
Kaffee-Ersatz**  
Pfund Paket Mk. 4.30.

**Kornfrank**  
zu altem Preis  
von Mk. 1.80  
das Halbplund-Paket.

Schöne gutkochende  
**Landlinsen**

Pfund Mk. 6.50  
10 . . . 62.—

so lange Vorrat reicht  
bei  
**Fritz Bühler jr.**

Altensteig.

**Torf = Melasse**

**Hafer =** "

**Kleie =** "

**Spreuer =** "

**Pferde =** "

**Reisfuttermehl**

**Kleie**

**Welschkorn**

empfiehlt

**J. Wurster.**

**NISSIN**

gegen Kopfläuse

Nichts anderes nehmen.

Zu haben Apotheke.

Bestorbene:

Oberaltheim: Joh. Dettling,

Landwirt, 48 J. alt.

Nagold: Johann Simon

Mayer, alt Kronenwirt,

73 J. alt.

Altensteig.

Mein reichhaltiges Lager in

## Geschenkartikeln

und

## Spielwaren

bietet Gelegenheit, Unterhaltendes, Nützlich-  
liches und Praktisches auf den Weih-  
nachtsfest für Jung und Alt vorteilhaft  
einzukaufen. Viele Artikel noch ohne  
jeden Preisausschlag.

**Hans Schmidt.**

## Bruchleidende

bedürfen kein so schmerzhaftes Bruchband mehr, wenn sie mehr in Ruhe  
verschwindend kleines, nach Tag und Nacht, Tag und Nacht  
tragbares, auf seinem Druck, wie auch jeder Lage und Größe des  
Bruchleidens selbst verstellbares konkurrenzloses haltendes, ärztlich  
empfohlenes, gel. gelb.

## Universal-Bruchband

tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden ent-  
sprechend herstellbar ist.

Mein Spezialist ist zu sprechen am

Dienstag den 6. Dez., mittags von 12—4 Uhr in Alten-  
steig, Gasthof Grüner Baum; Dienstag den 6. Dez., mor-  
gens von 8—12 Uhr in Nagold, Hotel Post, Mittwoch den  
7. Dez., morgens von 7—11 Uhr in Calw, Hotel Adler  
mit Muster vorerwähnter Bänder, sowie mit ff. Gummi- und Feder-  
bänder neuesten Systems, in allen Preislagen anwendb. Muster in  
Gummi-, Hängeleib-, Leib-, Umstands-, Muttervorfal- und Mus-  
darmvorfal-Blasen, wie auch Geradhalter, Krampladerstrümpfe  
und Suspensorien stehen zur Verfügung. Reisen fachgemässer versichere  
auch gleichzeitig streng diskrete Bedienung. Karseltunungsstellen  
stehen zur Verfügung.

**Ph. Steuer Sohn,** Spezial-Ortopädiefabrikation  
Konstanz in Baden, Wessendbergstr. 15/17, Telefon 515.

## Frachtbriefe

mit Firmenaussdruck

nach neuester Vorschrift fertigt und nimmt Bestellungen  
entgegen die

**W. Rieker'sche Buchdruckerei**

Altensteig.

Seiden erschienen!  
**Tongers Musik-Bücherei, Band 16.**

## Das deutsche Volkslied

Kurze Darstellung von Th. A. Sprüngli.  
Preis Mk. 10.80.

(Sämtliche Teuerungszuschläge einbegriffen.)

Dieses Büchlein will durch einen geschlossenen Ueber-  
blick in schlichter allgemeinverständlicher Form die Freude  
am Werden und Wesen des deutschen Volksliedes in  
jedem Musikfreund erwecken und vertiefen.

Zu beziehen durch die **W. Rieker'sche Buch-  
handlung, Altensteig.**

**Schwarzwald-Drogerie Altensteig** Tel. 41

empfiehlt

**Schweineschmalz — Prima Salatöl**

Sämtliche Zutaten für  
Weihnachtsbäckereien.